

# Mai zeitung 2012

Rüsselsheimer  
Aktionsbündnis für  
soziale Gerechtigkeit



## Aufstehen für mehr Menschlichkeit!

**Das soziale Klima in Deutschland wird rauer. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst und mit ihr auch die Distanz der Menschen untereinander. An Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern, Arbeitslosen und von sozialen Transfers abhängigen Menschen geht der wirtschaftliche Aufschwung vorbei. Auch wenn in Deutschland heute so wenige Menschen arbeitslos sind wie seit 20 Jahren nicht mehr, kann niemand ernsthaft behaupten: Beschäftigten in Deutschland geht es gut.**

### Sinkende Reallöhne

Ein Negativposten ist die Reallohnentwicklung. Seit nunmehr zwei Jahrzehnten stagnieren die realen – also preisbereinigten – Löhne und Gehälter in Deutschland. Unternehmer und Kapitaleigentümer haben dagegen ihre Einkünfte um 40% gesteigert! Bezogen auf die letzten zehn Jahre ist die Lohnquote von 71,8% im Jahr 2001 auf 66,5% im Jahr 2010 gesunken. Zeitgleich ist die Profitquote, also der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen von 27,9 Prozent im Jahr 2000 auf 33,5% in 2010 gestiegen. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung konnten ihren Anteil am gesamten Nettovermögen in diesem Zeitraum von 58% auf 61% erhöhen. Die bisher in 2012 getätigten Tarifabschlüsse stellen keine Korrektur dieser Fehlentwicklung dar.

### Fehlentwicklung Niedriglohnsektor

Die wohl gravierendste politische Fehlentwicklung der letzten Jahre ist die Etablierung eines ausufernden Niedriglohnsektors, die einhergeht mit immer neuen Formen prekärer Beschäftigung. In Deutschland sind heute 7,7 Millionen Menschen gezwungen in schlechten und unsicheren Jobs zu arbeiten. Das ist knapp ein Viertel aller Beschäftigten. 6,7 Millionen Menschen arbeiten zu Niedriglöhnen (Stundenlohn unter 8,50 Euro) und 1,4 Millionen Arbeitnehmer/innen verdienen sogar so wenig, dass ihr Lohn noch durch Hartz IV Leistun-



gen aufgestockt werden muss. Die Zahl der zu Leiharbeit gezwungenen Menschen ist auf 810.000 angestiegen, 2.760.000 Arbeitnehmer/innen sind lediglich befristet beschäftigt und die Berufsanfänger/innen müssen sich heute in der Regel damit abfinden, dass sie befristet beschäftigt werden oder zunächst nur als – meist unbezahlte – Praktikant/innen einsteigen können.

### Armutsfalle für Frauen

Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind keine statistischen Größen, hinter den Zahlen versteckt sich eine dramatische Verschlechterung der Lebensqualität für viele Menschen. Dies betrifft vor allem Frauen, denn prekäre Beschäftigung in Deutschland ist weiblich. Für 4,8 Millionen Menschen ist der Minijob die einzige Erwerbstätigkeit, davon sind 3,2 Millionen Frauen. Durch prekäre Beschäftigung und Minijobs, in die Frauen nach der Familiengründung gedrängt werden, entgleitet ihnen zunehmend ihre soziale Absicherung. Die Liste der Benachteiligung von Frauen ist lang. Sie beginnt bei schlechterer Bezahlung und endet bei der wachsenden Gefahr von Altersarmut. Minijobs bringen Frauen um die Möglichkeit einer eigenständigen Existenz. Sie führen im Zeitverlauf zu gravierenden Lücken in der Altersversorgung und zementieren das Modell geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung.

### Verlust an Lebensqualität

Für prekär beschäftigte Männer wie Frauen gilt, dass prekäre Arbeitsbedingungen mit prekären Lebensbedingungen einhergehen. Wer nicht nur zur Arbeit, sondern auch noch auf das „Amt“ gehen muss, wer mehrere Minijobs zu koordinieren hat und dies

### Altersarmut droht

Politisch sind diese Verhältnisse gewollt. Ein „Klassenkampf von oben“ treibt im Interesse „globaler Wettbewerbsfähigkeit“ die soziale Spaltung voran. Auch der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach SJ kritisiert diese Entwicklung massiv:

„Das politisch propagierte Wintermärchen des deutschen Jobwunders übertüncht die individuellen Risiken unzureichender Einkommen, verlornen sozialer Sicherung und einer fehlenden Lebensperspektive gerade junger Menschen. Vor allem droht den jetzt atypisch und prekär Erwerbstätigen eine Altersarmut, die weder aus Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung noch durch eine private oder tarifliche Altersversorgung gedeckt ist. Ein Niedriglohneempfänger müsste 64 Beitragsjahre nachweisen, um eine Rente auf Hartz IV-Niveau zu beziehen. Die atypischen und prekären Arbeitsverhältnisse sind nicht vom Himmel gefallen, sondern Beschlüsse des Gesetzgebers aus der Regierungszeit Gerhard Schröders. Solange sie nicht rückgängig gemacht werden, verdient das deutsche Jobwunder diesen Namen nicht.“

### Aus dem Inhalt:

Altersarmut .....	S. 2
Pro Opel-Altwerk .....	S. 2
Wieviel ist gute Bildung wert? Betreuungsschulen und Kindertagesstätten .....	S. 3
Stolpersteine – Anlass zum Innehalten .....	S. 4
Sterben wird teuer .....	S. 4

### Leitidee Solidarität

Wie müsste jetzt eine Politik aussehen, die mehr Menschlichkeit auf ihre Fahnen schreibt? Neben einem gesetzlich verankerten Mindestlohn, der derzeit mindestens zehn Euro betragen müsste, müssten die von den Tarifparteien ausgehandelten Löhne allgemeinverbindlich erklärt werden. Hartz IV und die Riester-Rente, Markenzeichen einer verfehlten neoliberalen Sozialpolitik, müssen in ein Sozialversicherungssystem überführt werden, das für alle Menschen Leistungen oberhalb der Armutsgrenze garantiert und so auch Lohndumping verhindert. Kein Mensch darf gezwungen werden unwertige Beschäftigung anzunehmen. Um dies zu erreichen, muss auf allen Ebenen der Gesellschaft von neoliberalen Konzepten Abschied genommen werden. Fairness, Gerechtigkeit und Solidarität müssen zur zentralen Leitidee der Gesellschaft werden. Ohne aktives politisches Handeln, ohne einen „Aufstand für Menschlichkeit“, werden diese Ziele nicht zu erreichen sein.

## FAIR statt PREKÄR – eine zentrale Forderung von Gleichberechtigung

**Frauen bleiben weiterhin die Verliererinnen unserer Arbeitsgesellschaft**



Die Tatsache, dass Frauen durch ungleiche Bezahlung und schlechte Aufstiegsmöglichkeiten benachteiligt sind, ist hinlänglich bekannt. Die gegenwärtige Diskussion um die Frauenquote in Leitungspositionen macht deutlich, dass unsere eigentlich doch aufgeklärte emanzipierte Gesellschaft hartnäckig an Rollenmustern festhält, die es in ihrer Ausschließlichkeit so längst nicht mehr gibt. Es bedarf also weiterhin der ausdrücklichen Forderung nach „equal pay“ und nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Boom von atypischer und prekärer Beschäftigung verschärft die Benachteiligung von Frauen jedoch noch einmal in einer neuen, besorgniserregenden Qualität. Denn von ca. 7,4 Mio. geringfügig

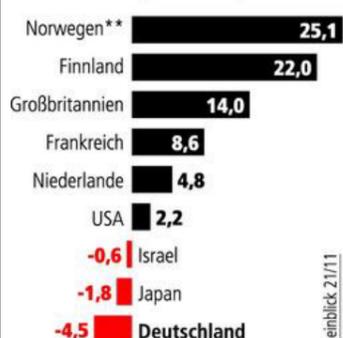
Beschäftigten ist der überwiegende Teil weiblich. Zahlreiche Frauen leben gezwungenermaßen über Jahre hinweg von (mehreren) Minijobs. Sie bestreiten ihren Unterhalt über Anstellungsverhältnisse, die Flexibilität einfordern und doch wenig Lohn und dazu keinerlei Sicherheiten bei Antritt des Rentenalters erbringen. Anders als bei sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit wird die sogenannte Beitragsfreiheit bei Minijobs vielen Frauen spätestens im Alter zum Verhängnis. Denn die Rentenansprüche liegen selbst nach 45 Beschäftigungsjahren weit unterhalb der Armuts-grenze. Diese werden aufgrund von Elternzeit und Erziehungsphasen ohnehin in den seltensten Fällen erreicht. Die großen Verliererinnen dieses Trends sind daher alleinstehende Frauen und Frauen mit Kindern: Prekäre Arbeit bedeutet Unsicherheit und Altersarmut. Auffallend ist, dass prekäre und schlechtbezahlte Arbeit besonders in jenen Wirtschaftszweigen Einzug findet, in denen vorrangig Frauen beschäftigt sind: Im Einzelhandel, im Reinigungssektor, aber auch im sozialen Bereich, in Pflege und Erziehung.

Das Streben nach Gleichberechtigung von Frauen ist mehr als Ideologie. Es ist die notwendige Forderung nach Existenzsicherung! Und diese lautet: Gute, sozialversicherungspflichtige Arbeit für Frauen und ihre Familien statt Ausbau von prekärer Beschäftigung sowie ausdrückliche gesellschaftliche Anerkennung der von Frauen geleisteten Tätigkeit!

Ingrid Reidt, Katholische Betriebsseelsorge Rüsselsheim/Bergstraße

### Reallohn: Schlusslicht Deutschland

Reale Lohn- und Gehaltsentwicklung\* in ausgewählten Industriestaaten 2000 bis 2009 (in Prozent)



\* zum Basisjahr 2000, alle Zahlen preisbereinigt  
\*\* nur Vollzeitbeschäftigte  
Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 2011

# Pro Opel-Altwerk

Die etwa 20.000 qm große Fläche direkt hinter dem Opel-Hauptportal und das darauf ab 1912 nach einem Entwurf des Darmstädter Architekturprofessors Meißner errichtete, größtenteils denkmalgeschützte Ensemble wurde 2006 von GM/ Opel an eine Investorengruppe verkauft. Um die Neunutzung dieses Herzstücks des Altwerks, vom damaligen Landeskonservator Dr. Christoph Mohr als „industriearchitektonisches Ensemble von Weltrang“ charakterisiert, tobte eine heftige Diskussion. Nachdem 2007/2008 die Planungen für ein überdimensioniertes Einkaufszentrum mit 30.000 qm Mietfläche und mehr als 100 Geschäften am Untergang des „finanzstarken Partners“ der Projektentwickler in den Turbulenzen der Finanzmärkte und an der Opelkrise scheiterte, tauchte 2010 einer der Projektentwickler unter dem

Namen Acrest Property Group wieder auf, diesmal allerdings nur noch mit angekündigten 130 statt 240 Millionen Euro als Investitionssumme. Der Rüsselsheimer Magistrat und die Parteien SPD, Grüne und CDU in der Stadtverordnetenversammlung waren wie 2007 sofort bereit mit einem Bebauungsplan und der Zusage von 35 Millionen an öffentlichen Geldern für die Verkehrsanbindung des Einkaufszentrums den Weg für einen nun sogar deutlich erweiterten Abriss der historischen Bauten frei zu machen. Gut drei Viertel der historischen Bausubstanz würden dadurch geopfert. Von den Abrissbefürwortern wird das Einkaufszentrum als alternativlose „letzte Chance“ und als „Leuchtturmprojekt der Stadtentwicklung“ dargestellt. Die Wirkungsanalyse der Gesellschaft für Konsumforschung, 2008 für die Projektentwickler erstellt, stellt

dazu jedoch fest: „Dabei dürfte der ... Rüsselsheimer Einzelhandel insgesamt bis zu 13% und der bestehende Innenstadthandel bis zu 22% des derzeitigen Umsatzvolumens einbüßen“.

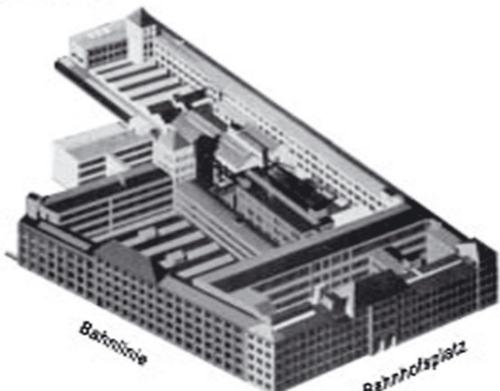
## Für Nutzung im Bestand

Nachdem sich allerdings die Bürgerinitiative „Pro Opel-Altwerk“ - ihre beiden Hauptziele sind der Erhalt der historischen Bauten und eine vielfältige Nutzung im Bestand unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gründete und nachdem offensichtlich wurde, dass viele Menschen in unserer Stadt Abriss, Riesen-Einkaufszentrum und der Subventionierung mit 35 Millionen Euro sehr skeptisch gegenüberstehen, wurde im Februar der Abrissbeschluss abgeändert. Nun ist von „etwaigen Abbruchmaßnahmen“ und „möglichem Abriss“ die Rede und eine Arbeitsgruppe aus Fraktionen und Verwaltung soll mit den „Investoren“ Einigkeit über die Gestaltung des Ensembles erzielen. Allerdings ist es sehr fraglich, ob dem ein grundlegendes Umdenken bei CDU, SPD und Grünen zugrunde liegt. Deshalb wird die BI einerseits weiterhin versuchen, durch Gespräche und Informationen bei den Entscheidern in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ein Umdenken herbeizuführen. Andererseits prüfen wir aber rechtliche Schritte gegen das Verfahren. Und wir bereiten uns und die Bürgerinnen und Bürger auf ein mögliches Bürgerbegehren gegen einen im Juni drohenden Abrissbeschluss vor. Dabei steht den Aktiven der BI noch viel Aufklärungsarbeit gegen die finanziell weit besser unterfütterte Meinungsmache der Abrissbefürworter bevor.

Für die BI Pro Opel-Altwerk  
Heinz-Jürgen Krug

## Kein Abriss

der denkmalgeschützten Gebäude des Opel-Altwerks!



Dunkelgrau eingefärbt: Zum Abriss vorgesehen

# Altersarmut: ein später Fluch der „Agenda 2010“

Vor 10 Jahren veröffentlichte die „Hartz-Kommission“ ihre 13 Module, die in der Folge Grundlage für die Agenda 2010 des Kanzlers Schröder und damit für die „umfassendste Sozialreform“ der BRD wurde. Während die Eingriffe in den Arbeitsmarkt, die Höhe der Leistungen sowie die Behandlung der Leistungsberechtigten („Hartz-IV-Bezieher“) Dauerthema in der öffentlichen Debatte blieb, rückt eine folgenschwere und langfristige Folge der damaligen „Reformen“ erst langsam wieder ins Blickfeld: die sich abzeichnende Altersarmut vieler Arbeitnehmer.

War es bis in die 80er Jahre mühsam gelungen, Instrumente gegen die Altersarmut etwa in der Rentenversicherung zu installieren (Stichwort: Anerkennung von Kindererziehungszeiten), wurde mit den „Reformen am Arbeitsmarkt“ das Rad für viele Betroffene – und vor allem wieder für Frauen – zurückgedreht.

Ein erklärtes Ziel der Agenda 2010 war die Ausweitung des Niedriglohnbereichs, u.a. durch eine massive Ausweitung der Minijobs, die heute entgegen ihrer ursprünglichen Intention ein weit verbreitetes Beschäftigungsmodell darstellen. Indirekt hat der Zwang auf Arbeitslose, quasi jede Beschäftigung zu jedem Lohn anzunehmen, zu einer Senkung der Löhne geführt, verbunden mit einer massiven Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Und zu guter Letzt wurden die Beiträge von Arbeitslosengeld-2-Beziehern zur gesetzlichen Rentenversicherung zum Jahresanfang 2011 gestrichen.

In der Folge reißen die faktischen Lohnsenkungen durch befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit etc. Lücken

in die Rentenkonto der Betroffenen, die selbst bei späterer regulärer Beschäftigung kaum mehr wett zu machen sind. Minijobbern fehlen in der Regel neben den Beiträgen zur Rentenversicherung vor allem die notwendigen Beitragszeiten, um etwa Renten wegen Erwerbsminderung beanspruchen zu können. Das gilt erst recht für Langzeitarbeitslose.

## Symbolpolitik und falsche Rezepte

All dies war im Jahr 2002 hinlänglich bekannt. Während aber alle Welt über die angeblich katastrophalen Auswirkungen des demografischen Wandels klagt, wurden die absehbaren und kurzfristig wirksamen Folgen der „Reformpolitik“ auf die Alterssicherung übersehen und/oder verschwiegen. Nun beginnt Ministerin von der Leyen Symbolpolitik zu betreiben. Mehr wird ihre Idee einer Zusatzrente nämlich nicht sein. Die Renten derjenigen Arbeitnehmer, die wenig verdient und folglich eine niedrige Rente zu erwarten haben, sollen aufgestockt werden, wenn ... ja wenn die Betroffenen zeit ihres Erwerbslebens selbst für's Alter vorgesorgt haben. Aber von was ist vorgesehen? Aus ihrem zu niedrigen Arbeitsentgelt, das die niedrige Rente verursacht hat usw. Die Katze beißt sich in den Schwanz, und die Lösungsvorschläge bestehen in der Propagierung dessen, was das Elend mit verursacht hat.

Aber nicht nur die Folgen für die direkt Betroffenen sind fatal. Die Grundversicherung im Alter (=Sozialhilfe), die die Rente der armen Alten zur Existenzsicherung aufstockt, geht zu Lasten der Kommunen. Und so tragen Lohnsenkungen und Kürzung von Sozialleistungen nicht nur zur persönli-

chen, sondern auch zur öffentlichen Verarmung bei.

Eine vorausschauende Sozialpolitik würde an den Ursachen anpacken z.B. durch

- Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der neben einem ausreichenden Einkommen Grundlage für eine gerechte Alterssicherung schafft
- Abschaffung der Minijobs und Sozialversicherungspflicht ab dem ersten EURO
- eine armutsfeste und diskriminierungsfreie Grundversicherung auch für diejenigen Menschen, deren Rentenanprüche allein keine menschenwürdige Existenz ermöglichen.

Hans-Peter Greiner  
Katholische Arbeitnehmerbewegung  
Rüsselsheim, Versichertenberater  
Deutsche Rentenversicherung Bund

### Ansprechpartner im „Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit“:

Volkhard Guth, 06142/175211  
Bernd Heyl, 06152/1877471  
Gerhard Christ-Steinicke, 06144/41690  
Hans-Peter Greiner, 06142/46798

### Postanschrift:

Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit  
Weisenaue Straße 31,  
65428 Rüsselsheim

Gezeichnete Artikel geben die Position der Organisation oder der Person wieder.

# Occupy: Eine neue Bewegung



Vorbild für die „Occupy Wallstreet“ Bewegung in den USA war die Besetzung des Tahrir-Platzes in Kairo als Kulminationspunkt der revolutionären ägyptischen Demokratiebewegung im Frühjahr 2011, dem im Mai die massenhafte Bewegung der Indignados („Empörte“) in Spanien folgte. Unmittelbarer Gegner, wie schon der Name klar macht, waren die in der Wall Street in New York konzentrierten Banken und Investmentfonds und die Superreichen, deren Vermögen von diesen Finanzinstituten – und ihren Nachahmern in anderen Erdteilen – verwaltet und in ökonomische und politische Macht umgesetzt werden. Sie wollen die extreme Ungleichverteilung der Lebenschancen, die so viele zur Empörung treibt, mit allen Mitteln aufrechterhalten. Die Occupy-Plätze in den USA wie später auch in Europa entwickelten sich zu Foren der politischen Diskussion. Neben die Kritik an den Finanzmärkten und am Kapitalismus traten Forderungen wie die Grundrechte auf Wohnung, Arbeit, Kultur, Gesundheit, Bildung, politische Beteiligung, die Sicherung der Grundbedürfnisse bis hin zu demokratisierter Produktion. In den USA waren die Besetzungen nicht zuletzt ein Signal für Linke und für globalisierungskritische Menschen und Bewegungen. Sie waren entmutigt, weil die öffentlich wirksame politische Diskussion nahezu ausschließlich zwischen der Rechten und dem „Zentrum“ stattfand. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt in der US-Privatwirtschaft bei 6,9 Prozent, linke Parteien sind nahezu verschwunden, Einpunktbewegungen waren resigniert oder vom Mainstream aufgesogen.

Alle diese Menschen sprach Occupy Wallstreet mit der Botschaft an „Du bist nicht allein, sondern Teil einer Massenbewegung, bist Teil der 99% gegen die 1% Superreichen“, und erreichte Millionen US-Bürger.



In Europa, mit einer zumeist in Attac organisierten globalisierungskritischen Bewegung, mit handlungsfähigen, wenn auch nicht immer im Sinne der Forderungen der sozialen Bewegungen handelnden Gewerkschaften, mit - wenn auch nicht dominierenden - linken Parteien entstanden Occupy-Bewegungen und Aktionen zwar auch an mehreren Orten, allerdings nicht mit der durchschlagenden Wirkung wie in den USA. Occupy Frankfurt aber zeltet, lebt, diskutiert, handelt (<http://www.occupyfrankfurt.de/>). Und verbündet sich mit Attac, Linken und Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern zu den „Blockupy“-Aktionen rund um die EZB vom 17. bis 19. Mai (<http://www.blockupy-frankfurt.org/>).

Heinz-Jürgen Krug (attac Rüsselsheim)

# Auf dem Weg zur Inklusion?



Das Land Hessen hat die UN-Konvention für die Rechte von Behinderten unterschrieben. Diese garantiert allen Kindern und Jugendlichen, dass sie „in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben“. Und wo es ein solches Schulsystem nicht gibt, müssen die Vertragsstaaten ernsthafte Schritte nachweisen, um dieses Ziel zu erreichen. Die hessische Landesregierung von CDU und FDP lehnt die „eine Schule für alle Kinder“ weiterhin als Teufelswerk sozialistischer Ideologen ab. Im neuen Schulgesetz taucht der Begriff „inklusive Unterricht“ zwar auf, doch darf der nur eingerichtet werden, wo die notwendigen personellen Voraussetzungen für eine individuelle Förderung vorhanden sind. Noch schlimmer: Sogar die Regelungen, die es bisher für den Gemeinsamen Unterricht (GU) von Kindern mit und ohne Behinderungen gab, werden vom Kultusministerium in Frage gestellt. GU-Klassen hatten aus guten Gründen eine niedrigere Schülerzahl. Diese Klassenobergrenzen sind in der neuen Verordnung nicht mehr vorgesehen. Für eine Schülerin oder einen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf waren 5 bis 10 zusätzliche Lehrstunden vorgesehen. Diese Zuweisung wurde auch in den vergangenen Jahren bereits unterschritten, doch jetzt soll noch weiter gekürzt werden.

Auch in Rüsselsheim und im Kreis Groß-Gerau verschärft sich der Widerstand gegen diese Politik. Beim 16.

GEW-Bildungstag verabschiedeten rund 180 Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen und Schulstufen, sozialpädagogische Fachkräfte und Eltern in der Gesamtschule Kelsterbach die „Kelsterbacher Erklärung“, der sich inzwischen auch der Kreistag Groß-Gerau und der Magistrat der Stadt Rüsselsheim angeschlossen haben. Die Pädagoginnen und Pädagogen sprechen sich mit Nachdruck dagegen aus, bewährte Standorte für die sonderpädagogische Förderung und die inklusive Beschulung in Form des Gemeinsamen Unterrichts zu zerschlagen.

Einzelne Schulen haben in den letzten Jahren viel auf den Weg gebracht, indem sie pädagogische Teams aus Lehrkräften unterschiedlicher Fachrichtungen und sozialpädagogischen Fachkräften gebildet haben, die jetzt gefährdet sind. Empört sind GEW und Personalvertretungen auch darüber, dass alle Pläne mit völlig unnötigem Zeitdruck am grünen Tisch entwickelt und die Schulen, die den inklusiven Unterricht anbieten wollen, überhaupt nicht in die Beratungen einbezogen werden. Hunderte von Lehrerinnen und Lehrern im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis schlossen sich einer Erklärung an, dass sie sich gegen eine zwangsweise Versetzung von Förderschullehrkräften von den Grund- und Gesamtschulen an die sonderpädagogischen Beratungs- und Förderzentren mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen werden.

Harald Freiling, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Groß-Gerau

# Kindertagesstätten sind überfüllt

## gravierender Personalmangel - veraltete Bausubstanz

Trotz der Erkenntnis, dass das Personal der entscheidende Qualitätsfaktor für Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ist, trotz einiger Verbesserungen wie der Eingruppierung, Festeinstellung, Übernahme der Erzieherinnen/ Erzieher im Anerkennungsjahr, der Schaffung von Vollzeitstellen, und der Bildung eines Hauswirtschaftskräftepools ist in Rüsselsheim keine wesentliche personelle Besserung eingetreten. Bis zu 15 Vollzeitstellen sind weiterhin nicht besetzt. Schlimmer noch, der Arbeitsmarkt für Erzieherinnen ist auf längere Sicht leer gefegt.

In Rüsselsheim hat der Personalmangel Folgen:

- Kita-Gruppen müssen zeitweise geschlossen werden.
- Kinder können nicht aufgenommen werden.
- Eltern können sich auf die Betreuungszeiten nicht verlassen.
- Pädagogik und Bildungsauftrag leiden.

Erzieherinnen/Erzieher und Kita-Leitungen geben ihr Bestes trotz der oft unerträglichen Belastungen.

Zu all dem kommt noch die veraltete und marode Bausubstanz einiger Kindertagesstätten hinzu, die auch nicht den heutigen pädagogischen Anforderungen gerecht wird:

- So fehlen geeignete Bewegungsräume,
- Speiseräume sind wenige vorhanden,

- Kinder müssen in den Spielräumen essen,
- die kleinen Küchen sind für die Anzahl der täglichen Mittagessenskinder nicht ausgerichtet.

Auch der Sparwahn hat Folgen - 1x im Jahr Fenster putzen und die Reduzierung der Stunden für die Reinigungskräfte sorgen für ungepflegte Kindertagesstätten.

Die Kindertagesstätten sind bis zum Rande voll mit Kindern. Für 2012 droht das Chaos. Trotz des Rechtsanspruchs können die dreijährigen Kinder bis zum Ende des Betreuungsjahres nicht aufgenommen werden.

Der Mangel an Kindertagesstätten und Hortplätzen wurde 2011 durch eine Notlösung, Aufstellung von drei Containern, für 75 Kinder kaschiert. Auch wenn die Container in der Verwaltung „Pavillons“ genannt werden müssen steht fest - dies war und ist die falsche Lösung!

Wie die Zahlen belegen fehlen neue Kindertagesstätten, zum Beispiel im Berliner Viertel und in Königstädten / Blauer See.

### Personalversammlung stellt Forderungen

ver.di kann die Gesamtproblematik aus Platzgründen hier nur zum Teil darstellen. Deutlich wird, dass die Kommunalpolitik umgehend handeln muss. Erste Forderungen wurden dem

Magistrat im März auf einer Personalversammlung übergeben:

- Um die Ausbildung zur ErzieherIn attraktiver zu gestalten muss die Stadt SozialassistentInnen eine attraktive Auszubildendenvergütung zahlen und im Rahmen der Ausbildung ein Stipendium bzw. Bafög-ähnliche Leistungen anbieten.
- Die Arbeitsverhältnisse müssen durch soziale Leistungen wie Jobticket, Essensgeldzuschuss usw. attraktiver werden.
- Arbeitsgruppen- und Weiterbildungsangebote müssen die Arbeitsverhältnisse aufwerten.
- Die Stadt muss den Gesundheitsschutz in den Kitas umsetzen.
- Das Angebot von städtischen Kindertagesstätten- und Hortplätzen muss entsprechend der Nachfrage erhöht werden.
- Damit der Bildungs- und Erziehungsplan erfüllt werden kann, braucht Rüsselsheim kleinere Kindertagesstättengruppen.

Gleichzeitig stellt sich uns jetzt die nächste Frage: Wie stellt sich die Stadt Rüsselsheim zu ihrer Verantwortung, den Rechtsanspruch der Kinder ab dem 13ten Lebensmonat auf Erziehung, der ab 2013 gilt, zu erfüllen?

ver.di-Vertrauensleute bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim

ver.di

# Abbau bei Ausbildung und Übernahme

Die ver.di Jugendvertrauensleute der Stadt Rüsselsheim betrachten die momentane Ausbildungs- und Übernahme-situation bei der Stadtverwaltung und dem Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe mit tiefer Sorge. Im Jahr 2012 beenden bei den Städtischen Betriebshöfen 8 Auszubildende ihre Ausbildung. Die Betriebsleitung hat nur für 3 Auszubildende eine mündliche Zusage für eine befristete Übernahme gegeben. Die verbleibenden 5 Auszubildenden landen ab Sommer in der Arbeitslosigkeit. Von den Kollegen in den verschiedenen Abteilungen der Städtischen Betriebshöfe wie z.B. der Schreinerei, der Gärtnerei usw. wissen wir, dass ein hoher Bedarf an ausgebildetem Personal besteht. In weiteren Bereichen wie der Müllabfuhr, der Straßenreinigung, Baumpflegekolonne und Werkstätten ist die Lage mangels Personal angespannt. Also besteht durchaus ein Bedarf an Übernahme.

### Jugendarbeitslosigkeit verordnet durch den Regierungspräsidenten?!

Jetzt wird es noch prekärer: Von bisher 21 Ausbildungsplätzen bei den Städtischen Betriebshöfen sollen ab Sommer nur noch 12 besetzt werden. Die Betriebsleitung begründet dies mit einer 15 monatigen Stellenbesetzungssperre des Regierungspräsidiums.

Das bedeutet, dass faktisch zwei Azubi-Jahrgänge verloren gehen!

### Sparwahn kilt Ausbildungsplätze

Auch bei der Stadtverwaltung sieht es nicht rosig aus. Im Jahr 2010 wurden leider 10 Ausbildungsplätze in den „nicht verwaltungsspezifischen“ Berufen im Zuge der „Haushaltskonsolidierung“ ersatzlos gestrichen. Dazu gehörten Fachangestellte für Medien und Informationsdienste in der Stadtbücherei, Bauzeichner/in im Bereich Umwelt und Planung, Sport- und Fitnesskaufmann/frau im Bereich Sportamt und Fachangestellte für Bäderbetriebe im Bereich Bäderverwaltung. Nun wird nur noch in der reinen Verwaltung ausgebildet.

Im Sozial- und Erziehungsdienst herrscht Fachkräftemangel, auch hier bei uns in Rüsselsheim. Der Bedarf an ErzieherInnen ist größer als die Anzahl der Bewerber. In diesem Bereich muss durch besondere Anreize die Ausbildung attraktiver gestaltet werden

Wir als ver.di-Jugend fordern die Besetzung aller Ausbildungsplätze, eine gute Qualität der Ausbildung und die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden und Praktikanten.

ver.di-Vertrauensleute bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim

ver.di

# Betreuungsschule oder „Wieviel ist gute Bildung wert?“

Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten die Rüsselsheimer Betreuungsschulen seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag. Betreuungsschulen gibt es an 7 der 9 Grundschulen mit über 500 angemeldeten Kindern. Sie sind in den meisten Stadtteilen die einzigen Einrichtungen, die eine Schulkinderbetreuung anbieten. In nur 4 Stadtteilen gibt es Horte. Die Stadt spart dadurch, denn die Horte sind qualitativ besser ausgestattet und die Personalkosten in den Betreuungsschulen sind wesentlich niedriger. Warum? In den Horten werden ErzieherInnen nach S8 bezahlt in den Betreuungsschulen nach S6.

### Prekäre Arbeitsverhältnisse

Man könnte jetzt denken, wenn die Betreuungsschule eine so wichtige flächendeckende Rolle in der Schulkinderbetreuung hat, müssten die politisch Verantwortlichen ein Interesse daran haben, dass „der Laden gut läuft“. Dies ist aber leider nicht so. Die Dauerbaustelle Betreuungsschule ist tatsächlich seit dem letzten 1. Mai 2011 noch mal größer geworden. Bei gleichbleibendem und steigendem Bedarf an Betreuungsschul-Plätzen in den Einrichtungen ist die Gewinnung von neuem, qualifiziertem Personal als gescheitert anzusehen. Der ErzieherInnen- und SozialpädagogInnenmarkt ist leer gefegt. Wer die Wahl hat, arbeitet woanders zu besseren Bedingungen. Deswegen setzte man dieses Schuljahr auf studentische Hilfskräfte mit 400 € Verträgen, die die pädagogisch dringend notwendige Kontinuität der Arbeit gar nicht gewährleisten können, weil sie natürlich im „Hauptberuf“ Studierende sind. Ihnen ist also kein Vorwurf zu machen, sondern den politisch Verantwortlichen für diese Personalpolitik:

- Eine Personalpolitik, die es zulässt, andere Beschäftigte mit so-

genannten Miniverträgen einzustellen, die gerade mal so „die Lächer stopfen“, die durch Krankheit, Urlaub etc. des „Stammpersonals“ entstehen und die die Personalbemessung nur statisch aufrecht erhalten.

- Eine Beschäftigungspolitik, die es auch zulässt, dass von ca. 40 Beschäftigten nur noch 5 (!!!) eine Vollzeitstelle haben und der „Rest“, also der überwiegende Teil nur Teilzeit- und Miniverträge hat.
- Eine Personalpolitik, die im öffentlichen Dienst prekäre Arbeitsverhältnisse möglich macht: Beispiel: ein Arbeitsvertrag mit 9 Std/Woche befristet auf das Schuljahr. Wer kann und will davon leben? Wo bleibt da die Einbindung in die Einrichtung/den Betrieb? — Auf der Strecke!

Und Moment mal, da war doch noch was? Kinder, ach so, ja die Kinder, um die es eigentlich geht und für die die Betreuungsschule vor langer Zeit einmal eingerichtet wurden.

Erst als Pilotprojekt, dann gaaaanz lange als Provisorium, und bis jetzt sind wir offensichtlich immer noch ein Provisorium- aber für was? Kommt da noch was? Eine politische Aussage etwa zur Zukunft der Betreuungsschule? Der noch amtierende Sozialdezernent hat in den letzten 10 Jahren seiner Zuständigkeit viel gesagt, aber nichts auf den Weg gebracht, damit die Verhältnisse in den Betreuungsschulen besser werden und man dort auch besser lernen und arbeiten kann.

Aber zurück zu den Kindern, die sind auch in Rüsselsheim mal wieder „die Dummen“, denn ausgerechnet in ihrem Bereich wird kaputt gespart, an Personal, an Investitionen in größere und besser ausgestattete Einrichtungen etc.

So sieht zukunftsweisende, professionelle Kinderbetreuung nicht aus! Alle von den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di eingebrachten Vorschläge zur Verbesserung der personellen Situation und der Arbeitsbedingungen werden seit Jahren von Magistrat und Stadtparlament konsequent ignoriert. Jetzt wollen sie sich mit Verweis auf den leergefegten Arbeitsmarkt aus der Verantwortung stehlen! Zuallerletzt: Die städtische Arbeitsgruppe zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes ist gescheitert und hat ohne Ergebnisse ihre Arbeit eingestellt.

ver.di-Vertrauensleute bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim

ver.di



## Theorie und Praxis

### Das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder

Frau von der Leyen sagt, dass Dennis jetzt in den Sportverein gehen kann, das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder zahlt ihm € 10,00 pro Monat für kulturelle oder sportliche Aktivitäten. Dennis möchte gern Fußball spielen. Für den Mitgliedsbeitrag reicht das Geld, aber nicht, um Stollenschuhe und Schienbeinschoner zu kaufen. Außerdem weigert sich der ehrenamtlich geführte Sportverein Dennis aufzunehmen, weil die Abrechnung mit einem Gutschein vom JobCenter dem Verein zu umständlich ist. Dennis Schwester Rosa benötigt dringend Nachhilfe, um die Versetzung zu schaffen. Doch weil die Lehrerin auf der Stelle kein Kreuz gemacht hat, wird der Antrag abgelehnt.

Das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder: Gut gemeint, aber nicht besonders gut gemacht. Die Idee, Kindern aus finanziell schwachen Familien durch die Ermöglichung von Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben bessere Chancen auf die Zukunft zu eröffnen, hat was. Doch die Umsetzung ist zu bürokratisch, der Antrag für die Eltern zu unverständlich, die Bearbeitungszeit eindeutig zu

lang. Oft genug müssen die Eltern in Vorleistung treten und dann zusehen, dass sie wegen der umständlichen Prozedur mit Gutscheinen wieder an ihr Geld kommen. Zudem besteht für die Eltern die Notwendigkeit, sich gegenüber Schule und Verein als arm zu offenbaren. Eine direkte Auszahlung der Leistungen an die Eltern würde dies vermeiden. So hätten die Eltern auch mehr Spielraum im Bereich Kultur, Sport und Freizeit: Ein (privater) Kino- oder Theaterbesuch ist bisher mit dem Bildungspaket nicht finanzierbar, gehört aber eindeutig auch zum Bereich kulturelle Teilhabe. Aber das würde voraussetzen, dass Frau von der Leyen den Eltern zutraut, die bewilligten Gelder auch im Sinne und für ihre Kinder auszugeben. Durch das momentane Gutscheinsystem werden alle Eltern unter Generalverdacht gestellt, das Geld nur für sich selbst benutzen zu wollen. Dem könnte man ganz einfach vorbeugen, indem die Eltern anschließend Belege vorlegen müssen, wofür das Geld verwendet wurde.

Christine Müller  
CaritasZentrum Rüsselsheim

# Wir lassen uns nicht von Kondensstreifen den Durchblick vernebeln

Mit dem Urteil des höchsten deutschen Verwaltungsgerichts in Leipzig bezüglich der Flughafenexpansion hier im Rhein-Main-Gebiet kann die betroffene Bevölkerung nur in sehr eingeschränktem Maße zufrieden sein. Die Auseinandersetzung um den fraportschen Moloch wurde im Kern auf das Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr reduziert. Diese eindimensionale Beschränkung auf den Nachtfluglärm ist als ungenügend zu bewerten. Das Bundesverwaltungsgericht hat es versäumt, in einer umfangreichen und tiefgehenden Beweiserhebung die vom Flughafenbetrieb ausgehende Gesamtbelastung zu würdigen.

Da der Airport einen solchen „Stress-test“ niemals bestehen könnte, wurden einmal mehr die unter den Lärmteppich gekehrten Knackpunkte erst gar nicht adäquat angegangen: Nichts zu der immens angestiegenen Absturzbewehrung seit Eröffnung der neuen Landebahn, nichts zu den eklatanten Klimaschädigungen durch den übermäßigen Flugverkehr und nichts zu der überbordenden Luftverschmutzung durch die Abgase der Düsenjets. Laut Hauptgeschäftsführer der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände solle nicht einmal mehr die Verlagerung von Arbeitsplätzen

angeführt werden, handele es sich doch dabei um eine absichtliche und unseriöse Täuschung der Öffentlichkeit, so Volker Fasbender in der Hauspostille der Fraport „startfrei“ Nr. 1 vom März 2012 auf Seite 5. Der Rüsselsheimer Oberbürgermeister folgt dieser Vorgabe und spricht in seiner Einschätzung zum Leipziger Urteil von einem Kompromiss zwischen der erforderlichen Nachtruhe für die Bürger aber auch den wirtschaftlichen Interessen des Flughafens anstatt näher zu beziffern, wie viele Arbeitsplätze in Rüsselsheim mit dem Umzug von „imtech“ an den Flughafen verloren gingen. Man wird in den nächsten Wochen sehen, ob sich die Bevölkerung der Rhein-Main-Region die drastischen Einbußen ihrer Lebensqualität gefallen lässt. Wir jedenfalls werden die vom Flughafen ausgehenden Belastungen auch in Rüsselsheim nach wie vor auf die Agenda setzen.

weitere Informationen unter [www.flughafen-bi.de](http://www.flughafen-bi.de)  
Roger Treuting (BI Rüsselsheim)



# Stolpersteine – Anlass zum Innehalten

## Aus einer Rede zum Gedenktag für die Opfer des Naziregimes

Anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus kam es in Rüsselsheim zu einer Aktion gegen Rechts mit einer Demonstration und mehreren Kundgebungen unter dem Motto „Energisch gegen Nazigewalt – Für Menschlichkeit und friedliches Zusammenleben“. Für eine gute Beteiligung von rund zweihundert Teilnehmer/innen sorgte das breite Bündnis von Veranstaltern. Dazu gehörten neben der Rüsselsheimer Initiative gegen Rechtsextremismus und dem DGB-Ortsverband der Ausländerbeirat, die Naturfreunde, attac, die Vereinigung Deutsch-Ausländische Solidarität (VDAS) und die Kreis-Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Hinzu kam ein Kreis von zehn weiteren Unterstützern – von der Europa-Union über die SPD-AfA und Die Grünen bis hin zur DITIB. Als Vertreter der Aktion Stolpersteine begrüßte Hans Zinkeisen die Teilnehmer an der zweiten Station der Demonstration in der Bahnhofstraße am Stolperstein für Fanny Lang, geborene Laufer.

### 38 Stolpersteine verlegt

Fanny Laufer wurde 1884 als Kind jüdischer Eltern geboren. Sie lebte,

wohnte und arbeitete im Kreise ihrer Familie in der Bahnhofstraße 41. Als sie den Textilkaufmann Lang kennen lernte und heiratete, konvertierte sie zum katholischen Glauben. Nach Nazi-Maßstäben lebte sie in einer sogenannten „privilegierten Mischehe“. Von einer Nachbarin wurde sie dennoch denunziert und im März 1943 verhaftet, nach Auschwitz deportiert und dort am 7.7.1943 ermordet. Von den in Rüsselsheim bislang verlegten 38 Stolpersteinen wurden 28 für unsere ehemaligen jüdischen Mitbürger verlegt, zehn zum Gedenken an Personen aus dem politischen Widerstand. Geplant sind weitere Steinlegungen für Menschen, die durch Zwangsarbeit bei Opel misshandelt wurden oder starben, sowie für Menschen, die der Euthanasie der Nazis zum Opfer gefallen sind.

Die Stolpersteine, kleine Steine mit einer Messingplatte und entsprechender Inschrift, werden vor den zuletzt frei gewählten Wohn- und Lebensorten unserer „verschwundenen“ Nachbarn ins Pflaster gesetzt. Sie sollen im öffentlichen Raum gedankliche Anstöße geben und der Opfer des Faschismus gedenken.

Hier vor Ort, in der unmittelbaren Nachbarschaft hat das Grauen begon-

nen, nicht erst in Auschwitz. Hier wurden unsere Nachbarn erst ausgegrenzt, dann verfolgt, abgeholt und deportiert.

### Nach-Denk-Zeichen

Mit den Stolpersteinen werden kleine Denkmale direkt vor unsere Türen gesetzt und nicht etwa verschämt in Parks, wo sie kaum Beachtung finden würden. Durch solche Nach-Denk-Zeichen wollen wir die Bürgerinnen und Bürger anregen, sich genauer mit den Entwicklungen vor Ort und auch mit der eigenen politischen und familiären Geschichte zu beschäftigen. Das verbindet sich mit der Hoffnung, daraus so viel gesellschaftspolitische Sensibilität und Zivilcourage zu gewinnen, dass ähnliche Entwicklungen, schon wenn sie sich ankündigen, auf breiten Bürgerwiderstand stoßen.

Mit den Stolpersteinen haben wir Plätze des Abschieds und der Trauer und zugleich der Mahnung. Sie lassen uns Innehalten und machen das Vergangene gegenwärtig.

Hans Zinkeisen,  
Aktionskreis Stolpersteine



# Sterben wird teuer

Ein Todesfall in der Familie ist ein Elementarereignis, das in der Regel den Alltag total auf den Kopf stellt. Zu beneiden sind die Menschen, die dies zunächst als Herausforderung begreifen und die sich zu allererst darum bemühen, in der ungewohnten Situation zu „funktionieren“. Da sind die finanziellen Probleme des Todesfalls zweitrangig.

Genau dieses wird von den Verwaltern unserer Friedhöfe schamlos genutzt, um mit hohen Gebühren die kommunalen Kassen zu füllen. Erhöhungen von Friedhofsgebühren erfolgen in der Regel in größeren Zeitabständen, dann aber mit saftigen Erhöhungsbeträgen. Allein diese Tatsache lässt vermuten, daß das für Gebühren gemeinhin geltende Deckungsprinzip hier nur sehr bedingt gilt. Über viele Jahre Gebühren konstant zu halten, um dann massiv zuzuschlagen, entspricht nicht der sonst geübten Gepflogenheit, Gebühren kontinuierlich an den Aufwendungen kommunaler Vorsorge zu orientieren.

### Massive Gebühren-erhöhung

Eine derartige massive Gebühren-erhöhung steht in der Stadt Rüssels-

heim unmittelbar bevor. Dabei geht es nicht um eine moderate Anpassung. Nach allen Erfahrungen in der Vergangenheit ist mit Anhebung der Gebühren um teilweise mehr als das Doppelte der jetzigen Gebühren zu rechnen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Verwaltung eine Kostenrechnung hierzu vorlegen wird, die in sich schlüssig erscheint. Gleichwohl sollte es Aufgabe der Stadtverordneten sein, dieses genau zu überprüfen und so Schaden von den Bürgern abzuwenden.

Ein Armutszeugnis der Rüsselsheimer Stadtverwaltung: Hier geht kaum noch etwas ohne die Heranziehung teurer Gutachten. So auch bei der Erhöhung der Friedhofsgebühren. Die smm managementberatung GmbH aus Düsseldorf hat die Begründung für die Gebührenerhöhung geliefert. Aber nicht nur das. Gleichzeitig macht smm Vorschläge für strukturelle Veränderungen:

1. An Stelle der derzeitigen über die Fläche verteilten Abfallbehälter sollen nur noch an den Eingängen solche Entsorgungsmöglichkeiten bestehen bleiben. Es wird den – sehr oft alten und gebrechlichen – Angehörigen, die sich um die Grabpflege kümmern,

zugemutet, Pflanzenabfälle und ähnliches über erhebliche Strecken zu den neuen Sammelstellen zu schaffen. Dies kann man nur noch als gutachterlichen Zynismus wahrnehmen.

2. Die derzeit in der Fläche verteilten Ruhebänke sollen an einigen wenigen „Kommunikationsplätzen“ konzentriert werden. Das Konzept der smm erkennt völlig die Funktion der dezentral verteilten Ruhebänke: Diese Bänke dienen nicht der Kommunikation, sondern der Besinnung und dem stillen Gedenken. smm sollte lernen, daß wir hier nicht in Lateinamerika sind, dort gehört – die oft lautstarke – Kommunikation mit den Toten zum kulturellen Erbe. Unsere Tradition ist eine andere.

Es kann nicht sein, daß der Umgang mit dem Tod zu einem kommunalen Rechenexempel mit dem Anspruch auf Kostendeckung verkommt. Der Respekt vor dem Tod und der Anspruch auf Mitgefühl gegenüber den betroffenen Angehörigen verlangt zwingend die Begrenzung kommunaler Geldgier bei der Gestaltung unserer Friedhöfe.

Manfred Volkmann

INFORMATION- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

**Armut in einem reichen Land - Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird**

2. Mai, 19.00 Uhr, Rüsselsheim, Stadthalle, Lassallesaal

Mit: Christoph Butterwegge

„Armut“ ist zuletzt aus einem Tabu- beinahe zu einem Topthema geworden. In Talkshows werden die Neufestsetzung der Hartz-IV-Regelsätze, die Angst der Menschen vor einem sozialen Absturz, der Zerfall der Mittelschicht oder die Folgen der Weltfinanzkrise sehr häufig erörtert. Man spricht jetzt zwar viel mehr über Armut, nimmt sie aber ebenso wenig als gesellschaftliches Kardinalproblem wahr und ernst wie in der Vergangenheit. Die in der wohlhabenden Bundesrepublik spürbar zunehmende Armut wird deshalb auch nicht konsequent bekämpft, sondern immer noch gelehnet, verharmlost und „ideologisch entsorgt“. Wie das in Politik, Massenmedien und Wissenschaft geschieht, zeigt der Referent an zahlreichen Beispielen, etwa den Auslassungen von Guido Westerwelle über Hartz-IV-Bezieher oder von Thilo Sarrazin über Arme und Migranten. Was getan werden müsste, damit sich die Kluft zwischen Arm und Reich wieder schließt, macht Butterwegge abschließend deutlich.

**DGB Ortsverband Rüsselsheim, DGB Kreisverband Groß-Gerau, Arbeit und Leben Südhessen, Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit Rüsselsheim**

**GUTE ARBEIT FÜR EUROPA**

**GERECHTE LÖHNE SOZIALE SICHERHEIT**

**DGB**

**1. MAI TAG DER ARBEIT**

**100 Jahre jung. DGB Rüsselsheim.**

**Wir laden herzlich ein zur gemeinsamen Kundgebung am 1. Mai 2012**

**10 Uhr, Rüsselsheimer Löwenplatz mit der Gewerkschaftsjugend ver.di, IGM-Opel, DGB**

**Jürgen Johann**  
Sprecher des ver.di-Vertrauensleutevorstandes bei der Stadt Rüsselsheim

**Armin Groß**  
1. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Darmstadt-Mainz-Worms

**Maifeier 2012**  
ab 13 Uhr gemeinsam mit den Naturfreunden Rüsselsheim am Naturfreundehaus hinter dem Waldschwimmbad, mit Kaffee & Kuchen, Kultur & Kulinarischem

**Erich Schaffner**  
Kollege, Freund, Rezitator, Schauspieler, Sänger und Weggefährte aus Mörfelden-Walldorf . . . und Kinderprogramm!

[www.dgb.de](http://www.dgb.de)